

**Grußwort von Senatorin Dr. Melanie Leonhard  
anl. der Veranstaltung  
„Die haben uns behandelt wie Gefangene“ – Auftaktveranstaltung  
zur Anerkennung der Opfer von Gewalt und Unrecht in der  
Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie“**

**am 20. März 2017**

***Es gilt das gesprochene Wort!***

Sehr geehrter Herr Prof. Haas,  
sehr geehrter Herr Dr. Wunder,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich in meinem Grußwort ganz besonders an die hier versammelten Betroffenen wenden, die selbst als Kinder und Jugendliche Leid und Unrecht erlebt haben.

Es ist ein trauriges Kapitel der deutschen Geschichte, wie über eine lange Zeit mit Kindern und Jugendlichen in sozialen Einrichtungen von Staat und Kirchen umgegangen wurde. Viele Kinder und Jugendliche wurden schlecht behandelt. Sie haben körperliche und seelische Gewalt erlebt. Man hat sich nicht um ihre Gesundheit gekümmert. Ihnen wurde eine angemessene Schulbildung oder Förderung vorenthalten. Sie mussten arbeiten und haben dafür zu wenig Geld bekommen. Für die geleistete Arbeit wurde nicht in die Rentenkasse eingezahlt. Dies ist auch hier in Hamburg geschehen – zum Beispiel in den Alsterdorfer Anstalten.

Es ist unsere Verpflichtung, diese schlechte Behandlung nicht nur öffentlich zu machen und anzuerkennen. Diese Anerkennung sprechen wir auch hier heute gemeinsam im Rahmen dieser Veranstaltung aus.

Oft stand nicht nur Arbeit auf der Tagesordnung, sondern auch seelische Gewalt und manchmal auch körperliche Gewalt. Die aufgezählten Formen von Leid und Unrecht standen aber in Westdeutschland bis weit in die 1970er Jahre hinein in den meisten Kinder- und Jugendanstalten an der Tagesordnung. In der DDR war der Alltag in Anstalten bis 1990 von systematischem Unrecht geprägt.

Viele der Betroffenen leiden noch immer unter den schlimmen Erfahrungen. Neben körperlichen Verletzungen haben Sie seelische Wunden. Erinnerungen an früher wecken Angst und Wut. Obwohl die geleistete Arbeit vieler Bewohnerinnen und Bewohner für den Anstaltsalltag ganz wichtig war, wird diese Arbeit heute nicht durch eine angemessene Rente belohnt. Das ist ungerecht.

Betroffene, die in Heimen der Kinder- und Jugendhilfe Leid erfahren haben, erhalten seit 2011 mit dem Fonds „Heimerziehung“ Anerkennung und Hilfe. Die in Wohnheimen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie untergebrachten Kinder und Jugendlichen, wurden damals erst einmal von diesen Leistungen ausgenommen. Das war ein Fehler. Damals hatten sich alle Parteien im Deutschen Bundestag für ein weiteres Unterstützungssystem für diese betroffenen Kinder und Jugendlichen ausgesprochen. Es dauerte aber mehr als sechs Jahre bis dieses nun umgesetzt wird. Für diese lange Zeit möchte ich mich stellvertretend bei Ihnen – den Betroffenen – im Namen der Politik entschuldigen.

Seit Jahresbeginn gibt es mit der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ dieses Hilfesystem. Hiermit wird diese nicht hinnehmbare Ungerechtigkeit wenigstens gemildert. Es ist vor allem den lauten Stimmen der Betroffenen zu verdanken, dass dieses Unrecht stets ein Thema geblieben ist. Ich erinnere dazu zum Beispiel auch an einige bewegende Berichte in der Hamburger Presse. Sie, sehr geehrte Damen und Herren, forderten zu Recht ein, dass auch Ihr Leid öffentlich anerkannt wird. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Betroffenen, die so mutig waren und weiter so stark sind, ihre Leidensgeschichte öffentlich zu machen. Wir werden nachher mit Frau Voss und Herrn Boyens noch einmal zwei Zeitzeugen hören.

Außerdem haben sich in den letzten Jahren auch einige Einrichtungen selbst daran gemacht, sich ihrer jüngeren Geschichte zu stellen. Hierzu gehört auf jeden Fall auch die Evangelische Stiftung Alsterdorf. Das vor vier Jahren erschienene Buch „Mitten im Hamburg“ über die Alsterdorfer Anstalten bis 1979 stellt ein eindrucksvolles und in Teilen auch erschütterndes (zeitgeschichtliches) Werk dar. Leider gibt es in Deutschland immer noch viel zu wenige Einrichtungen, die ihre Geschichte aufarbeiten. Ich hoffe, dass weitere Einrichtungen dem Vorbild der Evangelischen Stiftung Alsterdorf folgen werden.

Die wissenschaftliche Untersuchung der sozialpolitischen Versäumnisse in der Bundesrepublik und der DDR und ihre Veröffentlichung sind ein wichtiger erster Schritt, um das geschehene Unrecht anzuerkennen. Sie zeigen deutlich, dass man in der westdeutschen Behindertenhilfe und in der Kinder- und Jugendpsychiatrie bis mindestens in die 1970er Jahre hinein von einem Systemversagen sprechen kann.

Körperliche Züchtigungen, seelische und sexualisierte Gewalt, der Entzug von Essen und Schlaf, aber auch die Verweigerung von Schule und Ausbildung oder der Zwang zur Arbeit ohne die entsprechende Entlohnung waren eben nicht nur Einzelschicksale.

Hierüber öffentlich in einer gemeinsamen Veranstaltung der Stadt Hamburg und der Evangelischen Stiftung Alsterdorf mit damaligen Betroffenen und einer Wissenschaftlerin zu sprechen, ist ein weiterer wichtiger Schritt, das erlittene Leid und Unrecht öffentlich anzuerkennen.

Ebenso wichtig ist aber die mögliche persönliche Anerkennung. Betroffene können ab dem 1. April in einer Hamburger Beratungsstelle mit einer Beraterin oder einem Berater über ihre Erlebnisse sprechen. Hier bekommen Sie auch Hilfe, um finanzielle Unterstützungsleistungen bei der Stiftung anzumelden. Sie können bei der Stiftung neuntausend Euro als persönliche Leistung erhalten. Zudem bekommen Personen, die als Kinder oder Jugendliche gearbeitet haben, ohne dass in die Rentenkasse eingezahlt wurde, weitere Unterstützungsgelder. Auf Einzelheiten wird nachher noch einmal eingegangen. Insgesamt stellen der Bund, die Länder und die Kirchen hierfür in den nächsten Jahren rund 250 Millionen Euro zur Verfügung. Selbstverständlich hat sich auch Hamburg hieran beteiligt.

Wir wissen alle, dass Geld allein nicht reicht, um erlittenes Leid und Unrecht wieder gut oder gar vergessen zu machen. Das Geld soll Ihnen – den Betroffenen – jedoch vor allem eine Anerkennung für Ihr erlittenes Leid ausdrücken. Das Geld ist dazu bestimmt, Ihnen Ihr Leben ein Stück weit zu erleichtern. Sie entscheiden darüber, wofür Sie das Geld ausgeben. Ich hoffe sehr, dass ab sofort möglichst viele Betroffene motiviert werden, ihre Ansprüche anzumelden. Allen Betroffenen möchte ich aber bereits jetzt ganz deutlich meine Anerkennung für Ihr erlittenes Leid und Unrecht aussprechen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.